

MORNING NEWS

11. März 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	23.968,63	559,26	2,39	23.409,37	DJ 30	47.706,51	-34,29	-0,07	47.740,80
MDAX	29.723,08	847,98	2,94	28.875,10	NASDAQ	24.956,47	-10,78	-0,04	24.967,25
TEC DAX	3.628,45	73,03	2,05	3.555,42	Nikkei 225	55.229,13	980,74	1,81	54.248,39
Euro Stoxx50	5.837,17	151,97	2,67	5.685,20	Hang Seng	25.890,45	-69,45	-0,27	25.959,90
Bund Future	127,15	-0,10	-0,08	127,25	Euro / US-\$	1,1635	0,00	0,21	1,1611
Gold in US-\$	5.198,96	6,98	0,13	5.191,98	Öl (Brent) US-\$	88,03	0,23	0,26	87,80
Bitcoin / US-\$	69.597,60	-652,15	-0,93	70.249,52	Ethereum / US-\$	2.018,43	-24,48	-1,20	2.042,90

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	23.864	-104
NASDAQ Future	25.035,00	+52,50

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	168,30	-1,30	-0,01	169,60	195,83	2.648.733,00
Nokia OJ	6,70	-0,04	-0,01	6,74	7,80	60.837.811,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Quartalsergebnisse entnehmen Sie bitte dem Anhang		
Europäische Unternehmen		Telecom Italia (07:20 Q4), Inditex (07:30 Q4), ABN Amro (08:00 Q4)		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	VPI (m/m), final	Februar	08:00	0,2% (0,2%)
D	VPI (y/y), final	Februar	08:00	1,9% (1,9%)
D	VPI – EU harmonisiert (m/m), final	Februar	08:00	0,4% (0,4%)
D	VPI – EU harmonisiert (y/y), final	Februar	08:00	2,0% (2,0%)
USA	VPI (m/m)	Februar	13:30	0,3% (0,2%)
USA	VPI (y/y)	Februar	13:30	2,4% (2,4%)
USA	Realer durchschnittlicher Stundenlohn (y/y)	Februar	13:30	n/a (1,2%)
USA	Reale durchschnittliche wöchentliche Gewinne (y/y)	Februar	13:30	n/a (1,9%)
USA	Federal Budget Balance	Februar	19:00	-309,5 (-94,6) Mrd \$
USA	EIA Ölbericht	Vorwoche	15:30	n/a

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,53 (n/a)	10-jährige Bonds	-0,141	4,15%
Volumen NASDAQ	8,79 (n/a)	30-jährige Bonds	-0,734	4,78%

(/)=Vortag

Die **US-Börsen** haben am Dienstag vor dem Hintergrund des Iran-Kriegs **eher schwächer geschlossen**. Der Dow Jones blieb bei 47.707 Punkten fast unverändert, wie auch der technologielastige Nasdaq bei 22.697 Zählern. Der breit gefasste S&P 500 büßte dagegen 0,2 Prozent auf 6781 Stellen ein. Zwar hatten die drei wichtigsten Indizes lange Zeit leicht im Plus gelegen, getragen von Spekulationen auf ein baldiges Ende des Konflikts nach entsprechenden Andeutungen von US -

Präsident Donald Trump. Ein Medienbericht, wonach es **Anzeichen für iranische Vorbereitungen zum Legen von Minen in der Straße von Hormus** gibt, sorgte jedoch im späten Handel für Ernüchterung. Die Meerenge ist von zentraler Bedeutung für den weltweiten Ölhandel.

"Der Markt hat Stärke gezeigt, dann aber alles wieder abgegeben", sagte Tim Ghriskey, leitender Portfoliostrategie bei Ingalls & Snyder in New York. Unter den Anlegern herrsche große Verwirrung. "Man sieht Schlagzeilen aus dem Weißen Haus, die dem Markt Hoffnung machen. Dann aber siegt die Vernunft, und die Märkte erkennen, dass dies noch lange nicht vorbei ist."

Trump hatte am Montag in einem Interview mit CBS News gesagt, dass er den Krieg gegen den Iran "für so gut wie beendet" halte und dass man dem ursprünglichen Zeitrahmen "sehr weit voraus" sei. Dies drückte die Ölpreise, die nach dem Kriegsbeginn Ende Februar bis Montag um rund 50 Prozent angestiegen waren, tief ins Minus. Zum Ende des Aktienhandels in New York lag **Brent** 8,4 Prozent tiefer bei 90,68 Dollar je Barrel und die US-Sorte **WTI** 8,8 Prozent im Minus bei 86,45 Dollar.

Der Preis für Rohöl der Sorte Brent dürfte der US-Energiebehörde EIA zufolge wegen des Iran-Kriegs in den kommenden zwei Monaten auf über 95 Dollar pro Barrel steigen. Danach werde sich die Lage jedoch entspannen und der Preis bis Jahresende auf rund 70 Dollar fallen, teilte die Behörde am Dienstag in ihrem Monatsbericht mit. Grund für die erhöhten Preise seien die weitgehend blockierten Lieferwege durch die Straße von Hormus, über die ein Fünftel der weltweiten Öltransporte abgewickelt wird. Dies führe zu Produktionskürzungen im Nahen Osten. Sobald der Transit wieder möglich sei, werde das weltweite Angebot die Nachfrage jedoch übersteigen, erklärte die EIA.

Bei den Einzelwerten konnten die Aktien der Fluggesellschaften **American Airlines**, **United Airlines** und **Delta** daher ihre vorbörslichen Gewinne nicht halten und fielen um 2,2 bis 3,6 Prozent. Die Papiere der Kreuzfahrtanbieter **Carnival** und **Royal Caribbean** fielen ebenfalls. Nach unten ging es zugleich auch für die Aktien der Ölkonzerne **ConocoPhillips** und **Exxon Mobil**, die 2,5 und 1,5 Prozent einbüßten.

Unter Druck gerieten auch die Aktien von **Boeing** mit einem Minus von 3,2 Prozent. Mängel an Kabeln könnten die Auslieferungen von Jets des Typs 737 MAX im ersten Quartal verzögern, teilte der Flugzeugbauer mit.

Um 2,2 Prozent nach oben ging es hingegen für **Citigroup**. Die US-Großbank erwartet für das erste Quartal ein Wachstum im mittleren Zehner-Prozentbereich bei den Gebühren im Investmentbanking und bei den Handelserträgen. Als Grund für ihren Optimismus nannte Vorstandschefin Jane Fraser eine starke Nachfrage nach Aktien und festverzinslichen Wertpapieren. Zugleich stützten anhaltende Investitionen in Künstliche Intelligenz (KI) und Automatisierung den Markt für Fusionen und Übernahmen.

US Unternehmen

Ein kräftiges Wachstum der wichtigen Cloud-Sparte verhilft **Oracle** zu einem überraschend starken Quartalsergebnis. Erstmals seit mehr als 15 Jahren seien Umsatz und Gewinn in Dollar gerechnet jeweils um mehr als 20 Prozent gestiegen, teilte der SAP-Rivale mit. Die Konzernenerlöse legten den Angaben zufolge im abgelaufenen Quartal um 22 Prozent auf 17,2 Milliarden Dollar zu. Das Cloud-Geschäft wuchs doppelt so stark. Der bereinigte Überschuss stieg um 21 Prozent auf 1,79 Dollar je Aktie. Auch der Auftragsbestand übertraf mit 553 Milliarden Dollar die Analystenprognosen. Er hat sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mehr als vervierfacht. Für das laufende Vierteljahr stellte der US-Konzern eine Fortsetzung dieses Trends in Aussicht. Der Gesamtumsatz werde voraussichtlich um 19 bis 21 Prozent und die Cloud-Sparte um 46 bis 50 Prozent wachsen. Beim Gewinn peilt Oracle einen Wert zwischen 1,96 und zwei Dollar an. Anleger reagierten erleichtert auf diese Zahlen. Die Aktien des Unternehmens stiegen im nachbörslichen Handel an der Wall Street um mehr als sieben Prozent. Einige Investoren hatten in den vergangenen Monaten gezweifelt, ob sich die milliarden schweren Ausgaben für neue Rechenzentren für Oracle auszahlen würden. Das Unternehmen hat neue Aktien im Volumen von 20 Milliarden Dollar ausgegeben und will weitere bis zu 30 Milliarden Dollar neue Schulden aufnehmen. Anleihegläubiger verklagen Oracle daher wegen angeblicher Täuschung über den KI-Kapitalbedarf vor einem US-Gericht.

Aktuell belaufen sich die Verbindlichkeiten des Konzerns auf rund 100 Milliarden Dollar. Sorgen bereitet Börsianern zudem die große Abhängigkeit vom ChatGPT-Entwickler OpenAI, dessen Aufträge sich auf insgesamt rund 300 Milliarden Dollar summieren.

Marktmeldungen

Gerresheimer droht wegen einer verzögerten Bilanzvorlage der Rauswurf aus dem Kleinwerteindex **SDax**. Die **Veröffentlichung des Jahres- und Konzernabschlusses** für 2025 werde nicht wie geplant bis zum 31. März erfolgen, teilte der Düsseldorfer Verpackungshersteller am Dienstagabend mit. Als neuen Termin für die Zahlenvorlage strebt der Vorstand nun den Juni an. Die Verzögerung der Veröffentlichung des Jahres- und des Konzernabschlusses 2025 werde voraussichtlich zu einem Ausschluss der Gerresheimer-Aktie aus dem SDax führen, hieß es (Reuters).

Trotz des Ölpreisanstiegs im Zuge des Nahostkriegs wird die **EZB** laut ihrer Chefin Christine Lagarde alles Nötige tun, um die **Inflation** in Schach zu halten. Die EZB werde sicherstellen, dass die Franzosen und die Europäer keine Inflationsanstiege wie 2022 und 2023 erlebten, sagte sie am Dienstagabend im französischen Fernsehsender France 2. Europa könne den aktuellen Schock besser verkraften als 2022, doch seien auch die Unsicherheit und die Volatilität größer (Reuters).

Eine **Gruppe von 21 EU-Staats- und Regierungschefs** hat am Dienstag die hohen **Energiepreise** als **vordringliches Problem** benannt, das auf dem kommenden EU-Gipfel gelöst werden müsse. Auf Einladung von Bundeskanzler Friedrich Merz, der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und ihres belgischen Amtskollegen Bart De Wever beriet die Runde am Dienstagnachmittag über die Wettbewerbsfähigkeit der EU. "Maßnahmen müssten zielgerichtet, temporär und gut koordiniert getroffen werden", teilte Regierungssprecher Stefan Kornelius am Abend mit. Merz habe zudem eine beschleunigte Überprüfung des Emissionshandels sowie einen Abbau von EU-Regeln gefordert, um die Wirtschaft zu entlasten (Reuters).

Der **französische Präsident** Emmanuel Macron wird am Mittwoch eine **Telefonkonferenz** der Gruppe der Sieben (**G7**) einberufen, um über die **Iran-Krise** und die steigenden **Energiepreise** zu beraten, wie sein Büro mitteilte (Reuters).

Botschafter aus den 32 Mitgliedstaaten der **Nato** haben Diplomaten zufolge vor, sich kommende Woche mit **Amtskollegen aus den Golfstaaten** zu treffen. Thema sollen demnach der **Iran-Krieg** und **Spannungen in der Region** sein. Erwartet würden zu den Gesprächen Vertreter aus Bahrain, Kuwait, Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten (Reuters).

Der **israelische Präsident** Jitzchak Herzog legt sich nicht auf einen konkreten Zeitplan für den **Krieg gegen den Iran** fest. "Die Iraner sind diejenigen, die überall in der Region und in der Welt Chaos und Terror verbreiten. Ich denke also, wenn wir alles nur an einem Tachometer messen, kommen wir nicht weiter. Wir müssen tief durchatmen und zum Endergebnis gelangen", sagt Herzog in einem vorab veröffentlichten **"Bild"-Interview**. Wenn die iranische Bedrohung eliminiert sei, sei dies wie Sauerstoff für Israel: "Wir können ermöglichen, dass das gesamte System in der Region plötzlich wieder atmen und sich weiterentwickeln kann. Das ist fantastisch." Herzog äußert die Erwartung, derzeit "die gesamte Konfiguration des Nahen Ostens" zu verändern und verweist auf den Hamas-Überfall auf Israel am 7. Oktober 2023: "Es ist ein zusammenhängender Krieg. Er begann am 7. Oktober, und meiner Meinung nach erreichen wir vielleicht das letzte Kapitel des Krieges." Herzog verteidigt auch den Beschuss iranischer Ölfelder: Dadurch werde Irans "Kriegsmaschinerie" die Finanzierung entzogen.

Das **britische Kriegsschiff** "HMS Dragon" sticht in Richtung **östliches Mittelmeer** in See. Der Einsatz erfolgt gut eine Woche nach einem Drohnenangriff auf den britischen Luftwaffenstützpunkt Akrotiri auf Zypern im Nachgang der Angriffe der USA und Israels auf den Iran. Am 1. März war die Basis von einer im Iran hergestellten Drohne getroffen worden, die mutmaßlich aus dem Libanon oder dem Irak kam. Die britische Regierung steht in der Kritik, da Verbündete wie Griechenland und Frankreich nach den iranischen Vergeltungsangriffen am Golf wesentlich schneller Schiffe in die Region entsandt haben (Reuters).

Bis zu 150 Mitglieder der **US-Truppen** sind Insidern zufolge bislang im **Krieg gegen den Iran** verwundet worden. Die gegenüber der Nachrichtenagentur *Reuters* genannte Zahl ist weitaus höher als die vom Pentagon offiziell verbreitete, wonach bisher acht US-Truppenangehörige schwer verletzt wurden. Kurz nach Veröffentlichung des Reuters-Berichts bestätigt das Pentagon die Angaben und erklärt, etwa 140 Militäranghörige seien innerhalb von zehn Tagen verwundet worden. Die meisten Verletzungen seien geringfügig gewesen. 108 Truppenangehörige leisteten bereits wieder ihren Dienst.

Russland hat nach Angaben des US-Sondergesandten Steve Witkoff **Vorwürfe bestritten**, wonach es **Geheimdienstinformationen über amerikanische Militärziele** im Nahen Osten an den Iran weitergegeben haben soll. Das Dementi sei in einem Telefonat am Montag zwischen US-Präsident Donald Trump und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin erfolgt, sagt Witkoff dem Sender *CNBC*.

US-Präsident Donald Trump fordert den **Iran** auf, keine **Minen in der Straße von Hormus** zu platzieren. Die USA hätten zwar keine Berichte, wonach der Iran dies getan habe, erklärt Trump in seinem Online-Dienst Truth Social. Sollte der Iran aber dennoch "aus irgendeinem Grund" Minen in der Meerenge ausgelegt haben, so müsse er diese sofort entfernen. Sollte dies nicht unverzüglich geschehen, "wird dies für den Iran militärische Konsequenzen in einem bisher nie dagewesenen Ausmaß haben". Sollten die Iraner hingegen "entfernen, was womöglich platziert wurde", wäre das "ein großer Schritt in die richtige Richtung". (*Reuters*).

Die **USA** haben nach Angaben von Präsident Donald Trump in den vergangenen Stunden **zehn "inaktive Boote und/oder Schiffe zum Verlegen von Minen"** vollständig zerstört. Er kündigt auf seinem Online-Dienst Truth Social an, zu einem späteren Zeitpunkt Details zu nennen. In einem vorherigen Beitrag schreibt er allerdings, dass die USA "dieselben Technologien und Raketenkapazitäten einsetzen wie gegen Drogenhändler, um alle Boote oder Schiffe, die versuchen, die Straße von Hormus zu verminen, permanent zu eliminieren" (*Reuters*).

US-Präsidialamtssprecherin Karoline Leavitt stellt klar, dass die USA **bislang keinen Öl-Tanker oder irgendein anderes Handelsschiff** durch die **Straße von Hormus eskortiert** haben. Sie sagt dies auf einer Pressekonferenz, nachdem Energieminister Chris Wright kurz zuvor für Verwirrung in der Sache sorgte. Er löschte einen Beitrag auf dem Kurznachrichtendienst X, in dem er erklärt hatte, dass die US-Marine einen Öltanker erfolgreich durch Straße von Hormus eskortiert habe (*Reuters*).

Die **US-Marine** hat nach Angaben von Insidern fast tägliche **Bitten der Schifffahrtsbranche** abgelehnt, Handelsschiffe durch die **Straße von Hormus** zu eskortieren. Zur Begründung habe die Marine darauf verwiesen, dass das **Risiko von Angriffen derzeit zu hoch** sei, sagen die Insider, die mit der Angelegenheit vertraut sind. Die Einschätzung der Marine steht im Widerspruch zu Aussagen von Präsident Donald Trump, wonach die USA im Bedarfsfall jederzeit zu Begleitschutz bereit seien, um die Transporte in der wichtigen Wasserstraße wieder aufzunehmen. Nach Angaben von General Dan Caine, dem Vorsitzenden des Generalstabs der Streitkräfte der Vereinigten Staaten, hat das US-Militär damit begonnen, Optionen für mögliche Schiffseskorten durch die Meerenge zu prüfen, falls ein entsprechender Befehl erteilt werden sollte (*Reuters*).

Die **US-Regierung** hat **Israel** einem Medienbericht zufolge aufgefordert, **Angriffe auf Irans Energieinfrastruktur** einzustellen. Das Gesuch sei auf hoher politischer Ebene und an Israels Generalstabschef Ejal Samir übermittelt worden, meldet das Portal Axios unter Berufung auf Insider. Die US-Regierung habe ihr Anliegen unter anderem damit begründet, dass man nach dem Krieg mit dem iranischen Ölsektor zusammenarbeiten wolle. Zudem bestehe die Sorge, dass derartige Angriffe der iranischen Bevölkerung schaden und massive Vergeltungsschläge gegen die Energieinfrastruktur in den Golfstaaten auslösen könnten (*Reuters*).

Nach israelischen Medienberichten hat eine aus dem Libanon abgefeuerte Rakete eine **Satellitenstation** tief im Inneren **Israels** getroffen. Der TV-Sender N12 veröffentlichte ein dramatisches Dashcam-Video, das den Moment des Einschlags bei dem Angriff am Montag zeigt. Den Berichten zufolge wurde eine Station des europäischen Satellitenbetreibers SES in Emek Haela in der Nähe der Stadt Beit Schemesch westlich von Jerusalem getroffen. Die libanesische **Hisbollah-Miliz**

hatte den Angriff am Montag für sich reklamiert. Die Satellitenstation gehöre zu einer Cyber-Abteilung der Armee, teilte die proiranische Gruppierung mit (dpa/AFX).

Die nächste Runde der von den USA vermittelten **Friedensgespräche** zwischen der **Ukraine** und **Russland** ist nach Angaben von Präsident Wolodymyr Selenskyj auf kommende Woche verschoben worden. Themen sollen ein Gefangenenaustausch sowie ein mögliches Gipfeltreffen der Staatsscheffe sein, teilt Selenskyj Reportern über den Kurznachrichtendienst WhatsApp mit (Reuters).

Die **ukrainischen Streitkräfte** haben nach Angaben von Präsident Wolodymyr Selenskyj eine **russische Raketenfabrik** in **Brjansk** angegriffen. Der Betrieb stelle Kontrollsysteme für alle von Russland eingesetzten Raketentypen her, teilt Selenskyj Reportern über den Kurznachrichtendienst WhatsApp mit. Der Gouverneur der Region, Alexander Bogomas, bestätigt einen Raketenangriff auf die Stadt im Südwesten Russlands. Dabei habe es Tote und Verletzte gegeben (Reuters).

Banken

Die Schweizer Großbank **UBS** hat einen **US-Richter** am Dienstag aufgefordert, sie vor neuen **Klagen im Zusammenhang mit dem Holocaust** zu schützen. Diese könnten sich aus einer Untersuchung der Aktivitäten der übernommenen Credit Suisse während des Zweiten Weltkriegs ergeben. Ein Anwalt der UBS bat den zuständigen Richter in Brooklyn um eine Klarstellung, dass ein Vergleich aus dem Jahr 1999 über 1,25 Milliarden Dollar "alle Ansprüche - vergangene, gegenwärtige und zukünftige" im Zusammenhang mit dem Holocaust abdecke (Reuters).

Öl & Gas

Die **Internationale Energieagentur** (IEA) erwägt die größte **Freigabe von Ölreserven** in ihrer Geschichte, um die wegen des US-israelischen Krieges mit dem Iran gestiegenen Rohölpreise zu senken. Die geplante Freigabe würde die 182 Millionen Barrel übertreffen, die IEA-Mitgliedstaaten 2022 nach Russlands Invasion der Ukraine auf den Markt brachten, berichtete das *"Wall Street Journal"* am Dienstag und verwies auf mit der Angelegenheit vertraute Personen. Deutschland gehört zu den 31 IEA-Mitgliedstaaten, die strategische Ölreserven für Krisenfälle vorhalten. Die Nachrichtenagentur *Reuters* konnte den Bericht zunächst nicht verifizieren.

Ein **Supertanker** mit zwei Millionen Barrel **iranischem Öl** an Bord hat Schifffahrtsdaten zufolge die **Straße von Hormus** durchquert. Auswertungen von Lloyd's List Intelligence und Kpler zeigen, dass das unter der Flagge Guyanas fahrende Schiff "Cuma" am 9. März die Meerenge mit Ziel China passierte. Der Tanker steht auf einer US-Sanktionsliste. Mindestens fünf weitere Schiffe haben seit dem 28. Februar, also dem Beginn des Kriegs gegen den Iran, Öl in Richtung Asien transportiert (Reuters).

US-Präsident Donald Trump hat den Bau einer neuen **Ölraffinerie** im texanischen **Brownsville** angekündigt und dem indischen Energiekonzern **Reliance** für dessen Investition gedankt. Das Projekt "America First Refining" werde die US-Märkte versorgen und die "sauberste Raffinerie der Welt" sein, schrieb Trump am Dienstag auf der Plattform Truth Social. Er sprach von einem 300-Milliarden-Dollar-Deal, wobei zunächst unklar blieb, ob sich diese Summe allein auf die Anlage oder ein umfassenderes Abkommen mit Indien bezog (Reuters).

Reisen / Luftfahrt / Freizeit

Die **Pilotenvertretung Vereinigung Cockpit** (VC) will die **Deutsche Lufthansa** noch diese Woche **bestreiken**. Betroffen seien von deutschen Flughäfen startende Passagier- und Frachtflüge der Lufthansa von 00.01 Uhr am Donnerstag bis 23.59 Uhr am Freitag, wie die VC am Dienstag mitteilte. Bei der Konzerntochter Lufthansa CityLine werde am Donnerstag von 00.01 Uhr bis 23.59 Uhr gestreikt. Von den Maßnahmen ausgenommen seien Flüge in den Nahen Osten. Hintergrund des Arbeitskampfes seien die ergebnislosen Tarifverhandlungen über die Vergütung bei der CityLine und über die

betriebliche Altersversorgung bei der Kernmarke Lufthansa und der Frachtsparte Lufthansa Cargo, teilte die Pilotenvertretung mit (Reuters).



STEBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigelegten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

